

Pressedienst Nr. 16417
Montag, 21. November 2022

EU-Agrarrat: Totschnig spricht sich für aktive Waldbewirtschaftung aus	1
COP27: Weltklimakonferenz blieb ohne klare Vorgaben für die Landwirtschaft	2
AMA: Teuerung sorgt für geändertes Einkaufsverhalten bei Lebensmitteln	3
IGP Dialog: Effiziente Lebensmittelproduktion muss in Europa erhalten bleiben	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarrat: Totschnig spricht sich für aktive Waldbewirtschaftung aus

Düngemittelstrategie und Algeninitiative sollen Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln stärken

Brüssel, 21. November 2022 (aiz.info). - Die EU-Agrarminister beraten heute, Montag, in Brüssel über die künftige Waldstrategie, die Situation der Düngemittel sowie eine neue Algeninitiative. Hinsichtlich der EU-Waldstrategie macht Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** deutlich, dass die Kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten ausreichend berücksichtigt werden muss. "Für eine nachhaltige europäische Forstpolitik und eine effektive Umsetzung der EU-Waldstrategie ist es wesentlich, die forstlichen Stakeholder in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, nationale Expertise zu nützen und Anreize für eine aktive Waldbewirtschaftung zu setzen. Der Dialog zwischen Kommission und Mitgliedstaaten zu walddpolitischen Maßnahmen sollte daher verstärkt werden, zumal die Kompetenz hier klar bei den Mitgliedstaaten liegt", betont Totschnig. Aus österreichischer Sicht und auch anderer walddreicher Staaten werde das Subsidiaritätsprinzip der europäischen Waldpolitik nicht ausreichend berücksichtigt.

"Ideen, 30% der Landfläche Außernutzung zu stellen, wären angesichts unserer land- und forstwirtschaftlichen Strukturen in Österreich kaum realisierbar. Auch Einschränkungen bei der Holznutzung wären nicht zielführend, weil ein Wald, der aktiv bewirtschaftet wird, mehr CO₂ bindet, als ein Wald, der nicht bewirtschaftet wird. Die vorliegenden Pläne missverstehen auch die Rolle unserer Schutzwälder. Wir kämpfen bereits jetzt im Schutzwald mit Überalterung, weswegen aktive Eingriffe durch nachhaltige Aufforstungen unabdingbar sind. Der Verordnungsentwurf wirft also noch eine Reihe von Fragen auf. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, unsere aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung in Österreich zu schützen und auch die energetische Verwendung von Holz zu forcieren. Gerade in Zeiten der Energiekrise müssen wir die erneuerbaren Ressourcen, die der Forstsektor bietet, nützen statt beschränken. Atomstrom bekommt ein grünes Mascherl, Kohlekraftwerke werden wieder aktiviert, aber nachhaltige Biomasse soll beschränkt werden - das passt nicht zusammen", so Totschnig.

Verfügbarkeit von Düngemittel für Ernährungssicherheit zentral

Weiters wurde die Situation der Düngemittel diskutiert. Um die Verfügbarkeit und damit die Lebensmittelversorgungssicherheit in Europa zu gewährleisten, hat die EU-Kommission Anfang November eine Düngemittelstrategie vorgelegt. Vorgeschlagen werden Maßnahmen, die unter anderem auf Markttransparenz, finanzielle Unterstützung sowie Förderung von neuen und grünen Technologien abzielen. "In Österreich sind derzeit ausreichend Düngemittel verfügbar. Die internationale Verfügbarkeit ist nicht nur für die europäische, sondern für die globale Ernährungssicherheit zentral. Ich habe mich dazu mit Vertretern der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen - FAO - ausgetauscht. Wir müssen sicherstellen, dass Düngemittel weiterhin verlässlich nach Europa importiert werden. Entscheidend ist auch, mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energie zu einer Senkung der Erzeugerpreise und damit auch der Düngemittelpreise beizutragen. Nachhaltige Biomasse ist hier Teil der Lösung", hält Totschnig fest.

Algen als Lebensmittelzutat

Zudem hat die EU-Kommission eine neue Algeninitiative vorgelegt. Sie soll dazu beitragen, neue und nachhaltige Wege für die Ernährung zu entwickeln. Die EU ist einer der größten Importeure von Algenprodukten weltweit. Es wird erwartet, dass die Nachfrage im Jahr 2030 rund 9 Mrd. Euro erreichen wird. Totschnig dazu: "Algen werden derzeit nur zu 2% für Lebensmittel gewonnen, obwohl diese über 70% der Ozeane bedecken. Die Verwendung von Algen hat also großes Potenzial - nicht nur im Bereich der Lebensmittel, sondern auch für Kosmetika, Arzneimittel, Futter-, Düngemittelproduktion oder in der Energieerzeugung. Darum ist es wichtig, dass die EU-Kommission eine europäische Algeninitiative erarbeitet hat, um rechtzeitig auf den Zug der Zeit aufzuspringen und die Versorgung in Europa zusätzlich abzusichern." (Schluss)

COP27: Weltklimakonferenz blieb ohne klare Vorgaben für die Landwirtschaft

Vorgaben für Reduktion der Treibhausgase nur vage

Sharm el-Sheikh/Brüssel, 21. November 2022 (aiz.info). - Nach zähen Verhandlungen haben sich Sonntagfrüh die rund 200 Staaten der UN-Klimakonferenz COP27 auf ein Abkommen verständigt. Zentrales Ergebnis ist die Einrichtung eines "Loss and Damage"-Fonds für die Folgen von Klimaschäden in ärmeren Ländern. Nur vage fielen die Vorgaben für die Senkung der Treibhausgasemissionen aus und ein Zurückfallen hinter frühere Vereinbarungen wurde nur knapp verhindert. In der Abschlusserklärung der Klimakonferenz wurde die Begrenzung der Erderwärmung deutlich unter 2 °C, möglichst aber 1,5 °C verglichen mit dem vorindustriellen Niveau festgeschrieben. Der Ausstieg aus Öl und Gas wird in der Schlusserklärung nicht erwähnt. Während in begleitenden Veranstaltungen auf der Klimakonferenz über den weltweiten Agrarsektor ergiebig diskutiert wurde, spielte das Thema Landwirtschaft in den Verhandlungen der COP27 allerdings nur eine untergeordnete Rolle.

In der Schlusserklärung der Weltklimakonferenz wird lediglich die Bedeutung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln betont. Vor Extremwetterereignissen wie Dürre und Hochwasser müsste die Landwirtschaft geschützt und Entwaldungen sollten gebremst werden, heißt es darin. Konkrete Zahlen oder Maßnahmen finden sich jedoch nicht im Agrarkapitel der Erklärung.

"Mit der COP27 wurde ein kleiner Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit getan, aber der Planet braucht noch viel mehr. Wir haben ein paar Symptome behandelt, aber den Patienten nicht von seinem Fieber geheilt", bedauert EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen**, dass "sich weder die größten Emittenten der Welt dazu verpflichtet haben, fossile Brennstoffe schrittweise abzubauen, noch neue Verpflichtungen zum Klimaschutz eingegangen wurden". Aber die EU werde Kurs halten. "Insbesondere durch den europäischen Grünen Deal und REPowerEU, denn es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Ziele des Übereinkommens von Paris in Reichweite bleiben", sicherte von der Leyen zu. (Schluss)

AMA: Teuerung sorgt für geändertes Einkaufsverhalten bei Lebensmitteln

Ausgaben sinken leicht - Unveränderte Nachfrage nach Butter

Wien, 21. November 2022 (aiz.info). - Aktuelle Herausforderungen für die heimischen Haushalte äußern sich auch in einem geänderten Einkaufsverhalten bei Lebensmitteln, wie aktuelle RollAMA-Daten für die ersten drei Quartale 2022 zeigen. Laut den Ergebnissen sind die Haushaltsausgaben um knapp 1% auf das Niveau von 2019 gefallen. Auch die Einkaufsfrequenz aufgrund von Preiserhöhungen, mehr Urlauben etc. ist rückläufig. Gleichzeitig haben sich in dem untersuchten Zeitraum die Preise für RollAMA-Frischeprodukte um 13% erhöht, während der Anteil bei Biofleisch leicht gestiegen ist. Stabil waren jedoch die Einkäufe bei Butter und jeder dritte Euro wurde für Aktionen ausgegeben.

Wie die Agrarmarkt Austria (AMA) Marketing im Detail mitteilt, fielen die Haushaltsausgaben für die RollAMA-Warengruppen im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) von Jänner bis September 2022 um knapp 1% gegenüber demselben Zeitraum im Vorjahr, die Mengen um 9%. Gegenüber 2019 wurde um 13% mehr ausgegeben, die Einkaufsmengen im LEH sind auf das damalige Niveau gefallen. Im Vergleich zu den Diskontern verlieren die anderen Händler Marktanteile.

Einkaufsfrequenz geht zurück

Preiserhöhungen auf der anderen Seite führten zu rückläufigen Einkaufsfrequenzen. Gleichzeitig stagnieren die Mengen pro Einkauf. Der Bedarf an Milch, Fleisch und Gemüse sank laut AMA-Marketing in den ersten drei Quartalen besonders stark. Trotz höherer Preise konnten nur in wenigen Warengruppen wie Butter und Eier Umsatzzuwächse erzielt werden.

Die Preissteigerungen für die RollAMA-Frischeprodukte lagen im September bei 12,8%, also über der allgemeinen Inflationsrate von 10,7%. Der heurige Höchststand zeigte sich im August mit über 15%. Die höchsten Ausschläge sind bei Butter, Milch, Käse und Eiern im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Wesentlich geringer als bei Fleisch (+ 16%) fallen die Preiserhöhungen für Wurst und Schinken aus (+ 7%).

Der Anteil der Ausgaben für Bioprodukte im LEH erreichte in den ersten drei Quartalen einen Höchstwert von 12%. Im Verlauf der Monate Juli 2021 bis September 2022 ging der Anteil mit starken Preissteigerungen etwas zurück und fiel im September auf insgesamt 10%. Bei Obst und Gemüse ist die Bionachfrage ungebrochen, während sie bei Eiern sinkt, wohl auch weil es immer mehr Angebot an etwas günstigeren Tierwohleiern aus konventioneller Landwirtschaft gibt. Steigende Anteile bei Biofleisch zeigen, dass vielen Konsumentinnen und Konsumenten Tierwohl ein wichtiges Anliegen ist, so die AMA-Marketing.

Alles in Butter

Trotz massiver Preissteigerungen bei Butter auf im Schnitt 9,90 Euro pro kg im September und nur wenig Bewegung bei Margarine bleiben die Österreicher ihrem Butterbrot treu. 63% der Käufe in dieser Kategorie entfallen auf das Produkt rein tierischen Ursprungs, 27% auf seinen pflanzlichen Vertreter. Leichte Zuwächse gibt es bei den Mischfetten mit tierischen und pflanzlichen Zutaten.

Gleichermaßen wie die Preise steigen auch die Einkäufe in Aktion. Bald ein Drittel der Ausgaben in den RollAMA-Kategorien entfallen auf Aktionsprodukte. Butter und Fleisch bleiben die Kategorien mit den höchsten und steigenden Aktionsanteilen. (Schluss)

IGP Dialog: Effiziente Lebensmittelproduktion muss in Europa erhalten bleiben

Experten warnen vor negativen Folgen einer Überregulierung durch Green Deal und Co

Wien, 21. November 2022 (aiz.info). - Der Green Deal sowie die geplante Sustainable Use Regulation (SUR) machen es den Landwirten mit all seinen Regeln und Reduktionszielen nicht leichter, effizient Lebensmittel zu produzieren, lautete die einhellige Expertenmeinung im 10. IGP Dialog der IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) zum Thema "Grünes Europa, hungrige Welt? Regulieren wir uns die Teller leer?" Der unabhängige Vorsitzende des Rats der FAO, **Hans Hoogeveen**, forderte etwa, den Landwirten die Freiheit und die Tools zu geben, damit sie effizient produzieren können. **Christian Stockmar**, Obmann der IndustrieGruppe Pflanzenschutz, betonte, dass die EU ihre globale Verantwortung wahrnehmen und den Landwirten im Entscheidungsprozess eine Stimme geben soll.

Thomas Resl, Direktor der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen, gab zu bedenken, dass Lebensmittel vermehrt aus weltweit anderen und weniger umweltbewussten Regionen in Europa importiert werden könnten. Dementsprechend forderte **David Süß**, Direktor des Österreichischen Bauernbunds, mehr Hausverstand in der EU-Agrar- und Umweltpolitik. **Hermann Bürstmayr**, Leiter der Institute für Pflanzenzüchtung sowie Biotechnologie in der Pflanzenproduktion an der Universität für Bodenkultur in Wien, appellierte, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Stockmar: SUR ist "Mission Impossible"

Stockmar verdeutlichte erneut, dass es ohne Pflanzenschutzmittel schwierig wird, in Europa Ackerbau zu betreiben. "Es gibt bereits jetzt eine enorme Trockenheit als Folge des Klimawandels, einen erhöhten Druck durch Schaderreger sowie Ernte- und Wirkstoffverluste - nämlich ein Viertel aller Wirkstoffe in den letzten zehn Jahren. Eine Umsetzung der SUR in der jetzigen Form und eine weitere Einschränkung bei der Verwendung von Betriebsmitteln wird für Landwirte zur Mission Impossible." Stockmar nannte dazu vier unabhängige Folgenabschätzungen, die klar belegen, dass die Erträge sinken, die Preise steigen und die Abhängigkeit von Importen zunimmt. "Dann haben wir zwar ein grünes Europa, aber auch brennende Regenwälder in Südamerika", so der IGP-Obmann. Die EU-Kommission sei gefordert, die Rahmenbedingungen für Forschung & Entwicklung zu verbessern. "Seit 2011 wurden 108 Anträge für Wirkstoffe gestellt, aber nur die Hälfte bewilligt. Dabei investieren die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 insgesamt 14 Mrd. Euro in technologische Lösungen und biologische Pflanzenschutzmittel", so Stockmar.

Hoogeveen: Integriert denken und solidarisch handeln

Hoogeveen pochte auf eine Transformation in der Landwirtschaft, die nicht zu mehr Regeln und Kosten für die Landwirte führt. "Weltweit steigt die Zahl der Menschen, die Hunger leiden, und das Risiko für Dürren und Umweltkatastrophen nimmt durch den Klimawandel zu. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir im Jahr 2050 rund 10 Mrd. Menschen ernähren müssen. Schätzungen zeigen, dass die Welt bis 2050 etwa 50% mehr Agrarproduktion benötigt, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Das bedeutet, dass die Landwirtschaft auf nachhaltige Weise ausgebaut werden muss", verdeutlichte der Experte.

Eine nachhaltige Lebensmittelproduktion und ein stärkeres internationales Versorgungssystem seien deshalb nötig. "Die geplante EU-Regulierung birgt aber ein Risiko für die Versorgungssicherheit - vor allem in Entwicklungsländern", bekräftigte Hoogeveen. "Landwirte sind Unternehmer und tragen die Nachhaltigkeit im Herz. Durch die geplanten EU-Regeln werden sie aber eher Buchhalter als Bauern. Daher sage ich: Lassen wir ihnen genug Spielraum, um ihren Betrieb wirtschaftlich zu führen." Zusammenfassend forderte Hoogeveen einen integrierten Ansatz, Solidarität auf nationaler, EU- und globaler Ebene sowie das Bereitstellen von Innovation aus Europa in Entwicklungsländern.

Resl: Importe bringen größeren Emissions-Rucksack

Resl sieht den hohen und künftig wahrscheinlich steigenden Import nach Umsetzung der SUR als Problem: "In Europa werden wir klimaneutral, aber wir importieren einen größeren CO2-Nettorucksack in die EU. Studien belegen, dass die Emissionen global steigen werden. Die EU nimmt also ihre globale Verantwortung nicht wahr. Zudem erleben wir aktuell Effekte und Preissteigerungen, die vorher niemand für möglich gehalten hätte. Daher müssen wir bei den aktuellen Plänen zurückrudern, denn das ist nicht der Sinn."

Süß: Österreich muss dagegenhalten

Süß betonte die gesteigerte Bedeutung der Lebensmittel durch die Corona-Pandemie. "Seit der Teuerungswelle dreht sich der Spieß um: Konsumenten greifen wieder zum günstigeren Produkt. Das und auch die Preissteigerungen bei Energie und Betriebsmitteln wirken sich auf unsere Bauernfamilien aus", sagte Süß und weiter: "Seit dem Ukraine-Krieg ist der Green Deal veraltet, weil er die Versorgungsthematik nicht einfließen lässt. Österreich ist daher gefordert, Allianzen mit anderen EU-Mitgliedsstaaten zu schmieden und mit aller Kraft den teils dubiosen Vorschlägen der EU-Kommission entgegenzuhalten. Die EU-Kommission agiert derzeit wie auf einem Basar: Den Preis hoch ansetzen, um bei den Verhandlungen genügend Spielraum zu haben."

Bürstmayr: In Forschung investieren

Bürstmayr verdeutlichte, wie wichtig Forschung und Entwicklung für gute Ergebnisse in der Züchtung seien. "Insbesondere die Züchtung auf Resistenzen wird zunehmend wichtiger, aber auch auf regionale Bedingungen, die Folgen des Klimawandels sowie andere Stressfaktoren wie Krankheiten. Wir können in der Züchtung reagieren, haben aber keinen Zauberstaub. Die Züchtung ist nur ein Werkzeug des gesamten Kastens", so Bürstmayr. Das gelte auch für die neuen Züchtungsmethoden. Bürstmayr appellierte, nachhaltig und langfristig Investitionen in die Forschung zu tätigen.

Die Veranstaltung kann auf dem YouTube-Kanal der IGP nachgesehen werden. (Schluss)